
S 217 AL 382/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Berlin-Brandenburg
Sozialgericht	Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	18
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Arbeitslosengeld - Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe bzw verspäteter Arbeitsuchendmeldung - maßgebender Zeitpunkt - Aufhebungsvertrag - Änderung - Beschäftigungslosigkeit
Leitsätze	-
Normenkette	SGB 3 § 159 Abs 1 S 1 SGB 3 § 159 Abs 1 S 2 Nr 1 SGB 3 § 159 Abs 1 S 2 Nr 7 SGB 3 § 157 Abs 1 SGB 3 § 138

1. Instanz

Aktenzeichen	S 217 AL 382/16
Datum	11.12.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 18 AL 8/19
Datum	24.07.2019

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Az.: [L 18 AL 8/19](#) Az.: S [217 AL 382/16](#)
Sozialgericht Berlin Beschluss In dem Rechtsstreit Ch Sch, Allee d K , 1 B, â
KlÃ¤ger und BerufungsklÃ¤ger â ProzessbevollmÃ¤chtigte: RechtsanwÃlte R &
V, RstraÃe , M, Az.: , gegen Bundesagentur fÃ¼r Arbeit, vertreten durch Agentur
fÃ¼r Arbeit Berlin Mitte â Operativer Service 071 -, CharlottenstraÃe 87 â 90,
10969 Berlin, Az.: , â Beklagte und Berufungsbeklagte â hat der 18. Senat des
Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg am 24. Juli 2019 durch den Vorsitzenden
Richter MÃlicke und die Richter Wein und Brinkhoff be-schlossen: Die Berufung des
KlÃ¤gers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 11. Dezember 2018 wird
zurÃ¼ckgewiesen. AuÃergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren
nicht zu er-statten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Gründe:

I.

Der Kläger wendet sich im Zugunstenverfahren nach Â§ 44 Sozialgesetzbuch â€“ Soz-alverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz gegen Sperrzeiten wegen Arbeitsaufgabe (1. Januar 2015 bis 25. MÃ¤rz 2015) bzw verspÃ¤terter Meldung als Arbeit suchend (26. MÃ¤rz 2015 bis 1. April 2015) und das damit verbundene Ruhen bzw die Minderung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld (Alg).

Der 1955 geborene KlÃ¤ger war ab dem 1. August 2001 bei der PC B GmbH (Arbeitgeberin (AGin)) als Projektleiter mit einem monatlichen Brutto-Entgelt iHv zuletzt 2.600,- EUR unbefristet beschÃ¤ftigt. Die vertraglich vereinbarte KÃ¼ndigungsfrist betrug fÃ¼nf Monate zum Monatsende. Im Rahmen einer Ãœbernahme von weiteren Firmen vereinbarten die AGin und die BetriebsrÃ¤te am 10. Juli 2014 einen Interessenausgleich auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG), in welchem der Abbau zahlreicher ArbeitsplÃ¤tze vorgesehen war und eine Sozialauswahl zu erfolgen hatte, soweit betriebsbedingte KÃ¼ndigungen ausgesprochen wÃ¼rden (Â§ 5 des Interessenausgleichs). Die fÃ¼r die betroffenen Arbeitnehmer entstehenden Nachteile sollten durch einen Sozialplan ausgeglichen bzw gemildert werden. Durch Aufhebungsvertrag zwischen der AGin und dem KlÃ¤ger vom 14. November 2014 wurde das ArbeitsverhÃ¤ltnis des KlÃ¤gers "zur Vermeidung einer ansonsten auszusprechenden arbeitgeberseitigen betriebsbedingten KÃ¼ndigung" mit Ablauf des 31. Dezember 2014 beendet. Als Abfindung fÃ¼r den Verlust des Arbeitsplatzes wurde die Zahlung von 10.000,- EUR an den KlÃ¤ger vereinbart, diese Summe sollte sich bei ordnungsgemÃ¤Ã¶er ArbeitsÃ¼bergabe bis zum 14. Dezember 2014 um 5.600,- EUR erhÃ¶hen. Ab 15. Dezember 2014 wurde der KlÃ¤ger unwiderruflich freigestellt. Er meldete sich am 18. Dezember 2014 zum 1. Januar 2015 arbeitslos und beantragte Alg.

Nachdem die AGin mitgeteilt hatte (vgl Arbeitsbescheinigung vom 2. Januar 2015), sie hÃ¤tte ohne Abschluss des Aufhebungsvertrages das ArbeitsverhÃ¤ltnis zum 30. April 2015 aus betriebsbedingten GrÃ¼nden gekÃ¼ndigt, bewilligte die Beklagte Alg fÃ¼r die Zeit ab 2. April 2015 iH eines tÃ¤glichen Leistungsbetrages von 37,51 EUR (Bescheid vom 17. Februar 2015); gleichzeitig stellte sie das Ruhen des Anspruchs wegen einer zwÃ¶lfwÃ¶chigen Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe vom 1. Januar 2015 bis 25. MÃ¤rz 2015 bzw einer einwÃ¶chigen Sperrzeit wegen verspÃ¤teter Meldung als Arbeit suchend vom 26. MÃ¤rz 2015 bis 1. April 2015 bei gleichzeitiger Minderung des Alg-Anspruchs um 180 bzw sieben Tage ("Sperrzeitbescheide" vom 13. und 24. Februar 2015).

Im April 2015 beantragte der KlÃ¤ger die ÃœberprÃ¼fung der Sperrzeiten. Er sei von seiner AGin zu dem Aufhebungsvertrag genÃ¶tigt worden; sein Arbeitsplatz wÃ¤re so-wieso weggefallen. Am 16./29. April 2015 ergÃ¤nzten der KlÃ¤ger und seine AGin die zwischen ihnen geschlossene Aufhebungsvereinbarung. Danach sollte das ArbeitsverhÃ¤ltnis unter Einhaltung der gesetzlichen KÃ¼ndigungsfrist mit Ablauf des 30. April 2015 beendet werden und der KlÃ¤ger einen Anspruch auf Abfindung gemÃ¤Ã¶ dem Sozialplan vom 10. Juli 2014 (36.252.73 EUR) erhalten. Das

Arbeitsverhältnis sollte bis zum 30. April 2015 ordnungsgemäß abgerechnet werden. In der ergänzenden Arbeitsbescheinigung vom 29. Mai 2015 führte die AG in ua aus, die Abfindung wäre auch bei einer arbeitgeberseitigen Kündigung gezahlt worden. Eine solche wäre ausgesprochen worden, wenn der Aufhebungsvertrag nicht geschlossen worden wäre (Fragebogen vom 1. September 2015).

Die Beklagte lehnte eine Änderung des Bescheides vom "24. Februar 2015" ab (Bescheid vom 27. April 2015). Den im Mai 2015 unter Hinweis auf die ergänzte Aufhebungsvereinbarung erneut gestellten Überprüfungsantrag lehnte die Beklagte wiederum ab (hinsichtlich der Sperrzeit wegen verspäteter Meldung als Arbeit suchend mit Bescheid vom 7. September 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28. Januar 2016; hinsichtlich der Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe mit Bescheid vom 18. Februar 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. März 2016). Zwischenzeitlich hatte die Beklagte mit Änderungsbescheid vom 14. August 2015 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 9. Dezember 2015 Alg für die Zeit ab 1. Mai 2015 bis 23. Oktober 2016 bewilligt (vgl. Leistungsbetrag = 37,51 EUR); der Alg-Anspruch ruhe wegen Bezugs von Arbeitsentgelt in der Zeit vom 1. Januar 2015 bis 30. April 2015.

Mit der Klage hat sich der Kläger gegen den Bescheid vom 7. September 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28. Januar 2016 und den Bescheid vom 18. Februar 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. März 2016 gewandt. Die gegen den Bescheid vom 14. August 2015 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 9. Dezember 2015 erhobene Klage (S 60 AL 80/16) hatte er zurückgenommen (Schreiben vom 29. Februar 2016). Das Sozialgericht (SG) Berlin hat die auf Zahlung von Alg ohne Minderung und Sperrzeitatbestände gerichtete Klage abgewiesen (Urteil vom 11. Dezember 2018). Zur Begründung ist ausgeführt: Die Klage sei nicht begründet. Die "Sperrzeitbescheide" der Beklagten vom 13. bzw. 24. Februar 2015 seien im Zugunstenverfahren nach [Â§ 44 SGB X](#) nicht zu beanstanden, so dass die Beklagte deren Rücknahme zu Recht abgelehnt habe. Der Kläger habe sich durch die Lösung des Beschäftigungsverhältnisses mit Aufhebungsvertrag vom 14. November 2014 versicherungswidrig verhalten, da er seine Arbeitslosigkeit ab 1. Januar 2015 zumindest grob fahrlässig herbeigeführt habe, ohne hierfür einen wichtigen Grund gehabt zu haben. Bei einer betriebsbedingten Kündigung hätte das Arbeitsverhältnis erst zum 30. April 2015 geendet. Zum Beendigungszeitpunkt am 31. Dezember 2014 habe eine Kündigung auch ansonsten nicht konkret gedroht. Die Beklagte habe daher zutreffend eine Sperrzeit gemäss Â§ 159 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung (SGB III) von zwölf Wochen verhängt. Sie sei auch nicht wegen einer besonderen Härte zu verkürzen. Auch den Eintritt einer Sperrzeit wegen verspäteter Meldung als Arbeit suchend habe die Beklagte beanstandungsfrei nach [Â§ 159 Abs. 1](#) Sätze 1 und 2 Nr. 7 SGB III festgestellt, da der Kläger sich nicht spätestens drei Tage nach Abschluss des Aufhebungsvertrages bei der Beklagten gemeldet habe, sondern erst am 18. Dezember 2014. Eine ex-post-Betrachtung aus Sicht der im April 2014 vereinbarten Ergänzung des Aufhebungsvertrages komme nicht in Betracht.

Mit der Berufung verfolgt der Kläger sein Begehren weiter. Er trägt ergänzend vor: Durch die Ergänzung des Aufhebungsvertrages habe das Arbeitsverhältnis erst am 30. April 2015 geendet. Auch bei einer betriebsbedingten Kandigung wäre der Beendigungszeitpunkt derselbe gewesen. Er sei zudem enorm unter Druck gesetzt worden, den Aufhebungsvertrag zu unterzeichnen. Ihm sei letztlich auch mit einer verhaltensbedingten Kandigung gedroht worden. Im brigen gelte der Aufhebungsvertrag durch die erfolgte Anfechtung ex tunc als nicht zustande gekommen.

Der Kläger beantragt nach seinem Vorbringen,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 11. Dezember 2018 und die Bescheide der Beklagten vom 7. September 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28. Januar 2016 und vom 18. Februar 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. März 2016 aufzuheben und die die Beklagte zu verpflichten, die Bescheide vom 13. Februar 2015 und 24. Februar 2015 sowie vom 14. August 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheide vom 9. Dezember 2015 zu ändern und ihm Arbeitslosengeld ohne Minderung der Anspruchsdauer zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie hält die angefochtene Entscheidung für zutreffend.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes sowie des Vorbringens der Beteiligten im brigen wird auf deren vorbereitende Schriftsätze nebst Anlagen bzw Gerichtsakten (auch S 60 AL 80/16) und die Leistungsakten der Beklagten, die vorgelegen haben, Bezug genommen.

II.

Der Senat hat gemäß [ 153 Abs. 4 Satz 1](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) die Berufung des Klägers gegen das Urteil des SG vom 11. Dezember 2018 durch Beschluss zurückweisen können, weil er dieses Rechtsmittel einstimmig für unbegründet und eine mündliche Verhandlung nicht für erforderlich gehalten hat. Die Beteiligten sind hierzu vorher gehört worden (vgl [ 153 Abs. 4 Satz 2 SGG](#)).

Die mit Erreichen des Mindestbeschwerdewerts nach [ 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG](#) statthafte und auch im brigen zulässige (vgl [ 151 SGG](#)) Berufung des Klägers ist unbegründet.

Streitgegenstand sind sowohl die negativen Zugunstenbescheide der Beklagten vom 7. September 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28. Januar 2016 (Sperrzeit wegen verspeteter Meldung als Arbeit suchend) und (vom SG jedenfalls konkludent als sachdienlich gemäß [ 99 Abs. 1 SGG](#) einbezogen) vom

18. Februar 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. März 2018 (Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe) als auch der zuletzt maßgebende Alg-Bewilligungsbescheid vom 14. August 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 9. Dezember 2015), der mit den hinsichtlich der "Sperrzeitbescheide" ergangenen Zugunstenbescheiden eine Bescheideinheit bildet (stRspr des Bundessozialgerichts (BSG), vgl. nur Urteile vom 5. August 1999 [â B 7 AL 14/99 R](#) [â juris](#) [â Rn 14](#) sowie vom 9. Februar 2006 [â B 7a//AL 48/04 R](#) [â juris](#) [â Rn 5 mwN](#)) und deren Aufspaltung auf mehrere Verfahren nicht in Betracht kommt. Die Ruhensentscheidung der Beklagten vom 13. Februar 2015 wegen Entlassungsentschädigung ist nicht streitgegenständlich, da die Beklagte die entsprechende Regelung aufgehoben hat (vgl. Bescheid vom 18. Februar 2016).

Der Kläger, dessen Stammrecht auf Alg mit Eintritt sÄmmtlicher Anspruchsvoraussetzungen am 1. Januar 2015 entstanden ist, hat fÄ¼r die Zeit vom 1. Januar 2015 bis 1. April 2015 keinen Anspruch auf Zahlung von Alg; der am 1. Januar 2015 dem Grunde nach entstandene Anspruch ruhte in dieser Zeit. Die nachträgliche Verschiebung des Endes des Arbeitsverhältnisses auf den 30. April 2015 Ändert nichts an der Entstehung des Stammrechts zum 1. Januar 2015. Denn der Kläger war ab 1. Januar (leistungsrechtlich) arbeitslos iSv [Ä§ 138 Abs. 1 SGB III](#), war arbeitslos gemeldet (vgl. [Ä§ 141 SGB III](#)) und erfÄ¼llte die Anwartschaftszeit gemÄ¼ß [Ä§ 142 Abs. 1 SGB III](#). Der Fortbestand des Versicherungspflichtverhältnisses (vgl. [Ä§ 24 Abs. 1 SGB III](#)) zur Beklagten durch die nachträgliche Änderung des Beendigungszeitpunktes des Arbeitsverhältnisses auf den 30. April 2015 Ändert nichts an der leistungsrechtlichen Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses durch die Freistellung des KlÄgers mit Ablauf des 31. Dezember 2014. Nur diese ist maßgeblich fÄ¼r den Eintritt der Beschäftigungslosigkeit iSv [Ä§ 138 Abs. 1 Nr. 1 SGB III](#). Auch eine spätere "rückabgewickelte" GleichwohlgewÄhrung von Alg Änderte hieran nichts (vgl. BSG, Urteil vom 11. Dezember 2014 [â B 11 AL 2/14 R](#) = SozR 4-4300 [Ä§ 124 Nr 6](#)). Soweit dem Kläger zu dem fÄ¼r den Streitzeitraum durch die nachträgliche Änderung Arbeitsentgelt erbracht worden ist, ruht der Anspruch auf Alg gemÄ¼ß [Ä§ 157 Abs. 1 SGB III](#). Die GleichwohlgewÄhrung gemÄ¼ß [Ä§ 157 Abs. 3 SGB III](#) fÄ¼r die [â](#) hier nicht streitbefangene [â](#) Zeit vom 2. April bis 30. April 2015 fÄ¼hrt insoweit zum gesetzlichen Äbergang der Entgeltforderungen des KlÄgers gemÄ¼ß [Ä§ 115 SGB X](#), den die Beklagte gegenÄ¼ber der frÄ¼heren AGin auch geltend gemacht hat.

Der geltend gemachte Zahlungsanspruch auf Alg ruhte daher ungeachtet etwaiger Sperrzeiten in der Zeit vom 1. Januar 2015 bis 1. April 2015 bereits wegen der nachträglich vereinbarten Entgeltansprüche des KlÄgers gegen seine AGin nach [Ä§ 157 Abs. 1 SGB III](#).

Im Äbrigen stehen einem Zahlungsanspruch (auch) die Sperrzeiten wegen Arbeitsaufgabe iSv [Ä§ 159 Abs. 1](#) SÄtze 1 und 2 Nr. 1 SGB III (1. Januar 2015 bis 25. März 2015) und wegen verspÄteteter Meldung als Arbeit suchend gemÄ¼ß [Ä§ 159 Abs. 1](#) SÄtze 1 und 2 Nr. 7 SGB III (26. März 2015 bis 1. April 2015) entgegen, wobei die letztgenannte Sperrzeit der erstgenannten folgt (vgl. [Ä§ 159 Abs. 2 Satz 2 SGB III](#)). Hiernach ruht der Anspruch auf Alg fÄ¼r die Dauer einer Sperrzeit, wenn sich der

Arbeitnehmer versicherungswidrig verhalten hat, ohne dafür einen wichtigen Grund zu haben ([Â§ 159 Abs. 1 Satz 1 SGB III](#)). Versicherungswidriges Verhalten liegt nach Satz 2 Nr. 1 der Vorschrift vor, wenn der Arbeitslose das Beschäftigungsverhältnis gelöst oder durch ein arbeitsvertragswidriges Verhalten Anlass für die Lösung des Beschäftigungsverhältnisses gegeben hat und dadurch vorsätzlich oder grob fahrlässig die Arbeitslosigkeit herbeigeführt hat (Sperrzeit bei Arbeitsaufgabe), bzw wenn der Arbeitslose der Meldepflicht nach [Â§ 38 Abs. 1 SGB III](#) nicht nachgekommen ist (Sperrzeit bei verspäteter Arbeitsuchendmeldung).

Der Kläger hat durch den Abschluss des Aufhebungsvertrages am 14. November 2014 das Beschäftigungsverhältnis gelöst und seine Arbeitslosigkeit ab 1. Januar 2015 zumindest grob fahrlässig herbeigeführt (vgl BSG, Urteil vom 2. Mai 2012 â [B 11 AL 6/11 R](#) â juris â Rn 15), ohne hierfür einen wichtigen Grund gehabt zu haben. Löst ein Arbeitnehmer sein Beschäftigungsverhältnis, führt er seine Arbeitslosigkeit jedenfalls dann grob fahrlässig herbei, wenn er nicht mindestens konkrete Aussichten auf einen Anschlussarbeitsplatz hat (vgl etwa BSG, Urteil vom 02. Mai 2012 â [B 11 AL 6/11 R](#) â juris â Rn 15). Dass eine solche Aussicht für den Kläger bestanden hätte, ist nicht ersichtlich; er war ab 1. Januar 2015 auch tatsächlich arbeitslos. Der Kläger hat durch seine Zustimmung zum Aufhebungsvertrag vom 14. November 2014 eine wesentliche Ursache zur Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses gesetzt, sich also nicht allein passiv verhalten, sondern durch eigenes Zutun das Ende seiner Beschäftigung herbeigeführt. Ob die Initiative von ihm oder vom Arbeitgeber ausgegangen ist bzw in wessen Interesse der Aufhebungsvertrag lag, ist unerheblich (vgl BSG, Urteil vom 5. Juni 1997 â [7 RAr 22/96](#) â juris â Rn 19).

Der Kläger hatte auch keinen wichtigen Grund für die vertragliche Auflösung seines Arbeitsverhältnisses zum 1. Januar 2015. Die aus der maßgeblichen seinerzeitigen Sicht (vgl zur maßgeblichen ex-ante-Sicht BSG, Urteil vom 17. November 2005 â [B 11a/11 AL 69/04 R](#) â juris â Rn 18; Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 21. August 2017 â [L 20 AL 147/16](#) â juris â Rn 38 mwN) â drohende betriebsbedingte Kündigung zum 30. April 2015 konnte keinen wichtigen Grund darstellen, das Arbeitsverhältnis bereits zum 1. Januar 2015 zu beenden. Dies wäre lediglich bei demselben Beendigungszeitpunkt der Fall gewesen.

Ein Aufhebungsvertrag ist nach [Â§ 159 SGB III](#) nicht zu beanstanden, wenn eine gleichlautende rechtmäßige Kündigung des Arbeitgebers keine Sperrzeit nach sich ziehen würde (vgl BSG, Urteil vom 17. Oktober 2002 â [B 7 AL 136/01 R = SozR 3-4300 Â§ 144 Nr 12](#)). Dies ist dann der Fall, wenn ausgehend vom Datum des Vertragsabschlusses der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis aus betriebs- oder personenbedingten Gründen zum gleichen Zeitpunkt hätte fristgerecht kündigen dürfen. Ein wichtiger Grund zur Lösung des Beschäftigungsverhältnisses durch Aufhebungsvertrag besteht also nur, wenn dem Arbeitnehmer andernfalls zum selben Zeitpunkt gekündigt worden wäre (vgl BSG, Urteil vom 8. Juli 2009 â [B 11 AL 17/08 R = SozR 4-4300 Â§ 144 Nr 20](#); BSG, Urteil vom 2. Mai 2012 â [B 11 AL 6/11 R = SozR 4-4300 Â§ 144 Nr 23](#) â Rn

19), wobei die Rechtmäßigkeit einer drohenden betriebsbedingten Kündigung nicht zu prüfen ist (BSG aaO). Der wichtige Grund muss somit sich nicht nur auf die Beendigung überhaupt oder auf die Art der Beendigung beziehen; vielmehr muss sich der wichtige Grund auch auf die Wahl des Zeitpunktes für die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erstrecken (vgl. BSG, Urteil vom 12. November 1981 – [7 RAr 21/81](#) = SozR 4100 Â§ 119 Nr. 17; BSG, Urteil vom 5. Juli 1997 – [7 RAr 22/96](#) = [SozR 3-1500 Â§ 144 Nr 12](#)).

Anhaltspunkte dafür, dass dem Kläger seinerzeit eine betriebsbedingte Kündigung oder gar eine verhaltensbedingte fristlose Kündigung bzw. eine Kündigung zum 31. Dezember 2014 gedroht hätte, hat weder der Kläger selbst vorgetragen noch sind sie aus dem sonstigen Akteninhalt ersichtlich. Der Kläger hat selbst erklärt (vgl. bereits Anfechtungsschreiben vom 9. März 2015 an die AGin), dass ihm eine verhaltensbedingte Kündigung erst bei einem "nächsten Verstoß" angekündigt worden sein. Gleiches gilt für die ohne Nennung hinreichend konkreter Anknüpfungstatsachen behauptete "widerrechtliche Bedrohung" des Klägers durch die ehemalige AGin. Selbst wenn der Aufhebungsvertrag auf Druck der AGin geschlossen worden sein sollte, ist dies unerheblich. Letztlich trägt auch die Argumentation des Klägers nicht, der Aufhebungsvertrag sei ex tunc beseitigt worden. Denn dieser Vertrag wurde durch die Vereinbarung vom April 2015 ausdrücklich lediglich dahingehend ergänzt, dass ua das bestehende Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist nunmehr mit Ablauf des 30. April 2015 sein Ende finden sollte. Letztlich erhielt der Kläger durch diese Ergänzung seine Entgeltansprüche bis 30. April 2015 zuerkannt und – bis 1. April 2015 – auch ausgezahlt. Der Senat nimmt zur Vermeidung von Wiederholungen auf die zutreffenden Ausführungen des SG in dem angefochtenen Urteil (Nrn 1 und 2 der Entscheidungsgründe) Bezug ([Â§ 153 Abs. 2 SGG](#) analog) und sieht insoweit von einer weiteren Begründung ab. Dies gilt auch für die Sperrzeit wegen verspäteter Arbeitsuchendmeldung.

Die Beklagte hat den gesetzlichen Eintritt Sperrzeiten auch zutreffend festgestellt. Gemäß [Â§ 159 Abs. 2 SGB III](#) beginnt die Sperrzeit mit dem Tag nach dem Ereignis, das die Sperrzeit begründet, mithin vorliegend am 1. Januar 2015. Sie dauert nach [Â§ 159 Abs. 3 Satz 1 SGB III](#) zwölf Wochen. Die Sperrzeit wegen verspäteter Arbeitsuchendmeldung schließt sich nach [Â§ 159 Abs. 3 Satz 2 SGB III](#) an. Es sind vom Kläger keine hinreichend konkreten Tatsachen vorgetragen oder aus den Akten ersichtlich, die zur Bejahung einer besonderen Härte und damit einer Verkürzung der Sperrzeit gemäß [Â§ 159 Abs. 3 Satz 2 SGB III](#) führen könnten, zumal ihm für den Streitzeitraum nachträglich Arbeitsentgelt und zudem eine erhebliche Abfindung zugeflossen sind. Maßgebend für die Beurteilung kann auch insoweit wie bei der Prüfung des Vorliegens eines wichtigen Grundes nicht die spätere Entwicklung nach Eintritt der Sperrzeit sein, auch nicht späteres Verhalten des Versicherten. Der Alg-Anspruch mindert sich um die Anzahl von Tagen einer Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe; in Fällen einer Sperrzeit von zwölf Wochen mindestens jedoch um ein Viertel der Anspruchsdauer, die dem Arbeitslosen bei erstmaliger Erfüllung für den Anspruch auf Alg nach dem Ereignis, dass die Sperrzeit begründet, zusteht (vgl. [Â§](#)

[148 Abs. 1 Nr 4 SGB III](#)). Das sind hier ausgehend von einer Anspruchsdauer von 720 Tagen 180 Tage. Hinzu kommen sieben Tage für die zweite Sperrzeit (vgl. [Â§ 148 Abs. 1 Nr 3 SGB III](#)).

Die Kostenentscheidung folgt aus der entsprechenden Anwendung von [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für eine Zulassung der Revision nach [Â§ 160 Abs. 2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 27.08.2019

Zuletzt verändert am: 22.12.2024